

Kritik von ABTTF (Föderation der West-Thrakien Türken in Europa) wegen Kauders Aussage

Zaman, 24.04.2012, S. 4

Der Präsident der Föderation West-Thrakien Türken in Europa, Halit Habipoğlu, kritisiert die Äußerung des Unionsfraktionschefs Volker Kauder (CDU), wonach der Islam nicht zu Deutschland gehören würde:

„Die in Deutschland lebenden Muslime sind aus Griechenland, der Türkei, aus Bosnien-Herzegovina und aus anderen Staaten nach hier her eingewandert. Sie sind ein wichtiger Teil dieser Gesellschaft. Viele von ihnen besitzen die deutsche Staatsbürgerschaft, wofür sie ihre früheren Staatsbürgerschaften aufgegeben haben. Für sie ist Deutschland zu ihrer Heimat geworden, sie sind muslimische deutsche Staatsbürger.

Die Mehrheit der Muslime lebt bereits in der dritten Generation hier, die ausschließlich Deutschland als ihre Heimat ansieht. Infolge dessen ist der Islam ein Teil von Deutschland. Diese Tatsachen können nicht einfach verleugnet werden. Aus diesem Grund ist die Äußerung von Volker Kauder sehr unglücklich gewählt worden. Seine Aussage schadet der Integration und spielt extremen Gruppierungen, die sich am Rande des politischen Spektrums bewegen, in die Hände.“

Friedrichs Verdrehung

Zaman, 23.04.2012, S. 1

Die Ergebnisse der Studie „Lebenswelten der junger Muslime in Deutschland“, die vom Innenministerium in Auftrag gegeben worden war, sind vor ihrer eigentlichen Veröffentlichung der Bild-Zeitung mitgeteilt worden.

Der Sprecher des Bundesinnenministeriums erklärt, dass dadurch falschen Veröffentlichungen zuvorgekommen werden sollte. Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich hatte in einer Erklärung zur Studie Anfang März erklärt, dass: „Jeder vierte muslimische Jugendliche ist radikal, gewaltbereit und nicht integrationsbereit.“ Die vorab getätigten Veröffentlichungen in der Bild-Zeitungen riefen die Kritik der an der Studie beteiligten Wissenschaftler hervor. Zwei

Wissenschaftler kritisierten darüber hinaus die falschen Interpretationen der Studienergebnisse durch den Bundesinnenminister.

Nach Anfrage der Linken erklärte sich nun das Bundesinnenministerium in dieser Angelegenheit. Der Sprecher des Bundesinnenministeriums Christoph Bergner bestätigte die Vorabinformation über die Studienergebnisse an die Bild-Zeitung. Bergner nahm Friedrich jedoch in Schutz, der darüber nicht informiert gewesen sein soll.

Das Ministerium sah sich mit dem Vorwurf konfrontiert, die Bild-Zeitung gezielt über die Ergebnisse der Studie vorab informiert zu haben. Anfang März erklärte Friedrich hingegen auf die Frage, wie die Bild-Zeitung an die Ergebnisse vor der offiziellen Veröffentlichung herangekommen sei, dass diese Frage der Bild-Zeitung gestellt werden müsste und nicht ihm.

Aiman Mazyek: Die Verantwortlichen neben Schily müssen zur Rechenschaft gezogen werden

Zaman, 23.04.2012, S. 1

Der ehemalige Bundesinnenminister Otto Schily erklärte, dass er die Verantwortung für die Fehler nach den terroristischen Anschlagsserie des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) übernehme. Er und die Länderinnenminister tragen die Verantwortung dafür, dem rechtsextremistischen Terrorismus nicht zu einem früheren Zeitpunkt auf die Spur gekommen zu sein. Der Vorsitzende des Zentralrats der Muslime in Deutschland, Aiman Mazyek, fordert deshalb, dass die damals amtierenden und im Dienst stehenden Verantwortlichen in Politik und Verwaltung neben Schily Rechenschaft ableben müssten.

Türken sind zufrieden

Hürriyet, 21.04.2012, S. 15

Die türkischen Teilnehmer der gestern stattgefundenen Islamkonferenz zeigten sich zufrieden. Zwar kritisierten sie, dass zu Beginn der Islamkonferenz die Verteilung von Koranexemplaren durch die Salafis primär thematisiert wurde; sie zeigten sich jedoch zufrieden mit der Haltung des Innenministers Friedrich.

Die baden-württembergische Integrationsministerin Bilkay Öney zeigte sich positiv überrascht von der Vorgehensweise des Bundesinnenministers Hans-Peter Friedrich: „Zunächst ist darüber debattiert worden, ob die Salafis auf die thematische Tagesordnung genommen werden sollten oder nicht. Der eigentliche thematische Schwerpunkt der Islamkonferenz ist die Gleichberechtigung zwischen Männern und Frauen. Der Bundesinnenminister betonte aber, dass das keine Sicherheitskonferenz sei und bereits Untersuchungen zur Bewegung der Salafis vorhanden sein. Insgesamt gelang es Bundesinnenminister Friedrich, problemorientiert und kooperativ zu agieren.“

Kenan Kolat, der Vorsitzende der Türkischen Gemeinde Deutschland kritisiert hingegen, dass der niedersächsische Innenminister Uwe Schünemann die Islamkonferenz zu einer „Sicherheitskonferenz machen möchte“:

„Niemand behauptet, dass die Salafis oder die Wahhabiten kein Problem seien. Aber sowohl im Jahr 2009 als auch im Jahr 2011 wurde zu diesen Themen diskutiert und gearbeitet und Ergebnisse vorgelegt. Die Art und Weise der Thematisierung schürt jedoch bereits vorhandene Vorurteile in der Gesellschaft.“

Der Islamwissenschaftler und Religionspädagoge Bülent Ucar kommt im Vergleich mit dem letzten Jahr zu einem positiven Ergebnis:

„Die Islamkonferenz verlief im Gegensatz zum letzten Jahr deutlich besser. Der Bundesinnenminister war sehr positiv eingestellt, auf der Tagesordnung wurden unterschiedliche Themen diskutiert. Schwerpunkte waren Frauenrechte und die Gleichberechtigung zwischen Männern und Frauen.“

Gewalt ist keine charakteristische Eigenschaft des Islam

Sabah, 20.04.2012, S. 20

Die Schwerpunkte der Islamkonferenz waren Zwangsehen, häusliche Gewalt und die Ausbildung von Religionslehrern. Die von Innenminister Hans-Peter Friedrich ausgerichtete siebte Islamkonferenz fand in Berlin im von Türken stark bewohnten Stadtteil Kreuzberg statt.

Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich, der sich in den Pausen während der Konferenz an die Presse wendete erklärte, dass weder Zwangsehen noch häusliche Gewalt ihre Wurzeln im Islam haben. Friedrich betonte, dass häusliche Gewalt

und Zwangsehen auf patriarchale Familienstrukturen zurück zu führen sind. Auf der Konferenz wurde über Geschlechtergerechtigkeit, Zwangsehen, die Situation von Muslimen auf dem Arbeitsmarkt und über den Religionsunterricht diskutiert.

Der Bundesinnenminister sprach darüber hinaus auch das Thema mit Blick auf die Salafis an, die Koranexemplare kostenfrei verteilen und dadurch in die öffentliche Aufmerksamkeit gelangt sind:

„Wir glauben an die Religionsfreiheit. Jede Religion darf sich frei entfalten. Dazu gehört auch, dass religiöse Texte verteilt werden dürfen. Der gravierende Unterschied besteht jedoch darin, wenn das eine Gruppe tut, die gegen die Demokratie und gegen Freiheiten ist.“

Friedrich betonte auch, dass weder die Herkunft noch die religiöse Zugehörigkeit noch die Hautfarbe eines Menschen in Deutschland seine Sicherheit und Freiheit einschränken darf.

Der Bundesinnenminister wurde an die Aussage Kauders erinnert, wonach der Islam kein Teil Deutschlands sei. Friedrich erklärte, dass tagespolitische Themen nicht Teil der Islamkonferenz sind.

Mit Blick auf die Integrationspolitik erklärte Friedrich, dass in den letzten sieben Jahren rund eine Milliarde Euro in die Integrationsarbeit geflossen sind: „Weltweit gibt keine Regierung so viel Geld für die Integration aus wie wir.“

Ziel nicht erreicht

Volker Kauder erklärt im Gegensatz zum ehemaligen Bundespräsidenten Christian Wulff, dass der Islam nicht Teil von Deutschland ist. Kauder erklärte gestern in der Passauer Neuen Presse: „Der Islam ist nicht Teil unserer Geschichte und nicht Teil von Deutschlands Identität. Deswegen gehört er auch nicht zu Deutschland.“ Der christdemokratische Politiker erklärte hingegen auch: „Natürlich gehören aber die Muslime zu Deutschland und als Staatsbürger genießen sie natürlich alle Rechte, die ihnen zustehen.“

Der Religionsunterricht in NRW wartet auf die neue Regierung

Zaman, 16.04.2012, S. 5

Aufgrund der Neuwahlen in Nordrhein-Westfalen am 13. Mai verzögert sich die ??

In NRW leben 1,5 Millionen Muslime. Nach den Sommerferien wird der islamische Religionsunterricht in den Lehrplan aufgenommen.

Obwohl das Parlament das Gesetz für die Erteilung des Religionsunterrichts im Dezember verabschiedet hat, fehlen sowohl Lehrkräfte als auch ein Lehrplan.

Im Bundesland Nordrhein-Westfalen gibt es 320 000 muslimische Schülerinnen und Schüler. Der islamische theologische Beirat soll über die Lehrbefugnis der Religionspädagogen entscheiden. Unter dem Beirat sind der Koordinationsrat der Muslime (KRM), die DITIB, der Islamrat, der Verband Islamischer Kulturzentren VIKZ und der Zentralrat der Muslime in Deutschland (ZMD) für die Ausarbeitung eines Lehrplans zusammen gekommen. Sämtliche Pläne und Ausarbeitungen sind jedoch durch die Neuwahlen verzögert.

Die nordrhein-westfälische Bildungsministerin Sylvia Löhrmann erklärte der Zaman gegenüber: „Eigentlich war für dies Woche eine gemeinsame Sitzung mit der Schulkommission für die Verwirklichung der gemeinsamen Pläne für den Unterrichtsbeginn geplant. Aufgrund der Auflösung der Regierung wird diese Sitzung nicht zustande kommen.“

Löhrmann betont, dass die Lehrerinnen und Lehrer, die den Unterricht erteilen werden, gerne unterrichten müssen:

„Kandidatinnen und Kandidaten, die für die Erteilung des Unterrichts in Frage kommen müssen zuvor vom Beirat bestätigt werden. Die Kandidatinnen und Kandidaten benötigen darüber hinaus ein Zertifikat. Dieses Zertifikat wird von der Universität Münster erteilt. Wir werden jedoch mit wenigen Schulen beginnen und ihre Zahl Schritt für Schritt erhöhen.“

Laut Spiegel-Online wird der Lehrplan erst im Jahr 2013 vollständig sein. Löhrmann erklärt dazu:

„Die Erstellung eines solchen Lehrplans kostet Monate, manchmal Jahre. Experten erklären, dass die Ausbildung von Islamlehrern mindestens fünf Jahre dauert. Aus diesem Grund wird das Etikett des IRU (Islamischer Religionsunterricht) geändert und als Islamkunde an 3000 Grundschulen und an 130 Hauptschulen im Bundesland gelehrt werden.“

„Wir stehen am Anfang – die Lücken sind normal“

Im Gespräch mit der Zaman kritisiert der Vorsitzende des KRM Ali Kızılkaya die fehlende Anerkennung des Islam als Körperschaft des öffentlichen Rechts nach dem Grundgesetz:

„Das ist leider sehr unbefriedigend für uns, aber wir müssen dennoch an einem bestimmten Punkt so wie zum gegenwärtigen Zeitpunkt unsere Arbeiten beginnen. Darin liegt auch ein Vorteil für uns.

Dadurch können wir gewährleisten, dass ein Teil unserer Schülerinnen und Schüler ihre Religion im Unterricht kennen lernen. Unsere Gläubigen müssen nicht weiter den islamischen Religionsunterricht entbehren. Ich bin zuversichtlich, dass wir in Zukunft auch als Religionsgemeinschaft im Sinne des Grundgesetzes anerkannt werden.“

Auf die Frage, wie der Mangel an Lehrkräften und der fehlende Lehrplan aufgehoben werden sollen, antwortet Kızılkaya:

„Natürlich stehen wir im Moment noch ganz am Anfang. Aus diesem Grund gibt es Lücken, die aber mit der Zeit geschlossen werden. Wir haben einen Lehrkräftemangel. Aus diesem Grund wird nicht an jeder Schule der Unterricht gelehrt werden können. Umgekehrt verhält es sich natürlich so, dass sich niemand für ein Lehramtsstudium einschreibt, dessen Fach nicht unterrichtet werden kann. Zunächst muss der Unterricht als Fach existieren. Ansonsten wird kein Nachwuchs herangezogen werden können.“

Diyamet Mehmet Görmez: İslam coğrafyasında yaşayan azınlıklar Müslümanlara emanettir mabetleri yıkılmaz

Zaman, 16.04.2012, S. 1 und S. 2

Der Präsident des Amtes für Religiöse Angelegenheiten in der Türkei (DIYANET) Mehmet Görmez kritisiert die Aussagen des saudi-arabischen Großmuftis Sheikh Abdul Aziz Bin Abdullah, wonach in Saudiarabien Kirchen zerstört werden sollten. In der islamischen Welt sind die Gotteshäuser der religiösen Minderheiten den Muslimen zur Verantwortung befohlen, erklärt Görmez: „Kein einziger Muslim hat das Recht, diesen Befehl und dieses Recht religiöser Minderheiten zu verraten. Görmez erinnert daran dass in Heybeliada (Prinzeninsel im Marmarameer, Anm. M. K.) die Schule für die Ausbildung des Klerus immer noch nicht eröffnet wurde und die orthodoxen Bürger ihren Nachwuchs im Ausland ausbilden lassen müssen.

Görmez kritisiert die Forderung des saudischen Großmufti, weil sie keinen Bezug zum Islam besitzt: „Diese Forderung steht in keiner Beziehung zu den islamischen Grundlagen und zu den Praktiken des Propheten Mohammed. Die Geschichte des Islams ist geprägt vom Pluralismus der Kulturen und der Religionen. Dazu gehören auch die religiösen Tempel. Um eine solche Fatwa herausgeben zu können, müssten wir die uns die überlieferten Texte des Propheten Mohammed, die

er gemeinsam mit den Christen aus dem Hijaz erstellte, als nichtig zählen.

Keinem Muslimen steht es zu, die Rechte religiöser Minderheiten, die in seiner Verantwortung stehen, zu verraten. Unsere große Religion verpflichtet uns dazu, im normativen Rahmen und im rechtlichen Rahmen gemeinsam mit Nichtmuslimen zusammen zu leben.“

Anonim başvuru başarılı oldu

Hürriyet, 18.04.2012, S. 14

Das Pilotprojekt „Anonyme Bewerbungen“ der Antidiskriminierungsstelle des Bundes in Deutschland ist erfolgreich verlaufen. Das Pilotprojekt wurde ins Leben gerufen, um den Diskriminierungen bei Bewerbungen um einen Arbeitsplatz entgegenzutreten. Von den anonymen Bewerbungen profitieren am meisten Frauen und Migranten.

Die Antidiskriminierungsstelle des Bundes legte ihr Ergebnis vor, nachdem das Pilotprojekt nun mehr eineinhalb Jahre gelaufen ist. Am Pilotprojekt beteiligten sich Firmen wie L’Oreal, die Deutsche Post und das Bundesfamilienministerium.

Im Abschlussbericht wird festgehalten, dass insbesondere die Gruppierungen am meisten von den anonymisierten Bewerbungen profitierten, die am stärksten mit Stereotypen konfrontiert werden. Betont wird, dass vor allem Frauen und Migranten davon profitieren.

Klaus Zimmermann, Leiter des Instituts zur Zukunft der Arbeit betont, dass ausgeschlossenen Gruppen der Zugang zum Arbeitsmarkt erleichtert wird. Während des Pilotprojekts wurden 8500 anonymisierte Bewerbungen an die Arbeitgeber verschickt. Weder der Name, noch das Geschlecht noch das Alter wurden angegeben.

Die Bewerbungsunterlagen enthielten Abschlüsse und Zeugnisse. Die Gleichstellungsbeauftragte des Bundes, Christine Lüders, weist aufgrund des Ergebnisses auf die hohe praktikable Anwendbarkeit anonymer Bewerbungen hin. Darüber hinaus äußerten sich Personalabteilungsleiter positiv über das Verfahren. Serkan Tören (FDP, MdB) weist darauf hin, dass die Politik das anonyme Bewerbungsverfahren nicht per Gesetz erzwingen

kann:

„Das Pilotprojekt hat bewiesen, dass sowohl Arbeitgeber als auch Bewerber stark davon profitieren. Dennoch sind anonyme Bewerbungen nicht für alle Stellenangebote geeignet. Das liegt einzig und allein in der Empfehlung der Betriebe“, so Tören. Serkan Tören betont weiter, dass anonyme Bewerbungen zwar die Hindernisse zum Vorstellungsgespräch senken, die Diskriminierungen insgesamt dadurch nicht aufgehoben werden.

A u t o r i n N e w s l e t t e r : M e l t e m K u l a ç a t a n

DEN NEWSLETTER ZUR MEDIENBERICHTERSTATTUNG IN TÜRKISCHEN ZEITUNGEN FINDEN SIE AUCH IN UNSEREM ARCHIV AUF WWW.ISLAMEDIA.DE UNTER DER RUBRIK NEWSLETTER.

IMPRESSUM:
FRIEDRICH-ALEXANDER-UNIVERSITÄT ERLANGEN-NÜRNBERG
ERLANGER ZENTRUM FÜR ISLAM UND RECHT IN EUROPA
LEHRSTUHL FÜR BÜRGERLICHES RECHT – PROF. DR. MATHIAS ROHE
SCHILLERSTR. 1, 91054 ERLANGEN

WWW.ISLAMEDIA.DE
ISLAMEDIA@JURA.UNI-ERLANGEN.DE

DER NEWSLETTER ERSCHEINT IN UNREGELMÄSSIGEN ABSTÄNDEN UND ERHEBT KEINEN ANSPRUCH AUF VOLLSTÄNDIGKEIT. ANGEFÜHRTE LINKS BZW. ARTIKEL GEBEN NICHT DIE MEINUNG DER HERAUSGEBER WIEDER.

UM DEN NEWSLETTER ZU BESTELLEN ODER ABZUBESTELLEN, BITTE UM ANTWORT MIT „BESTELLEN“ BZW. „ABBESTELLEN“ IM BETREFF.